



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

## **DIE LINKE.**

Nr. 05/2017

## Fast schon Tradition

Das Fest der LINKEN zum 1. Mai 2016 auf dem Gelände von Fischer Zahn war ein so großer Erfolg, dass schon damals über eine Wiederholung für den 1. Mai 2017 nachgedacht wurde. Seit Anfang des Jahres der Ortsverband der SPD in Schwedt deutlich machte, dass an einer gemeinsamen Veranstaltung auch in diesem Jahr ihrerseits kein Interesse besteht, liefen die Vorbereitungen für unsere Maifeier an. Neben dem

bereits viele Helfer vor Ort. Pünktlich um 10:00 Uhr zu Beginn des Maifestes hatte sich der Platz mit interessierten Gästen gefüllt. Das Wetter spielte auch mit, nur der stürmische Wind machte den Standbetreuern etwas zu schaffen. Mit einem passenden Mailed eröffnete die Musikgruppe Evidence. Nach der Begrüßung hielt traditionell Marianne Wendt als Vorsitzende des DGB Uckermark die Maiansprache. Mit dem Motto



DGB, vertreten durch Marianne Wendt, wurde auch die Vereinigte LINKE mit Peter Fuchs als Mitveranstalter einbezogen. Hatte Cuba Si uns im vergangenen Jahr noch eine Absage erteilt, so waren sie jetzt von Anfang an dabei. Als um 08:00 Uhr der Aufbau begann, waren

- „Wir sind viele. Wir sind eins“ - ruft der DGB in diesem Jahr für mehr soziale Gerechtigkeit zwischen Jungen und Alten, Frauen und Männern, Migrantinnen und Migranten, Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern auf und wirbt für eine Gesellschaft, in der die Würde der Menschen auch in der Arbeitswelt respektiert und geschützt wird. Im Namen des DGB forderte Marianne Wendt u.a. eine Stärkung der gesetzlichen Rente für einen Lebensabend in Würde, neue Perspektiven für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, ei-

*Fortsetzung S. 2*

## Die Unwissenden

Jens Span, im Jahr 1980 im Münsterland geboren, wurde bereits mit 22 Jahren als Abgeordneter der CDU in den Deutschen Bundestag gewählt. Dort ist er auch heute noch; inzwischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Ende April wurde er im Montagsinterview der MOZ zu politischen Gefechten und Streitkultur befragt. Natürlich äußerte er sich auch zur Gefahr von Rot-Rot-Grün: „Ich will nicht, dass Sozialisten und Ideologen unser Land regieren“. Selbstverständlich hat der Mann mit dem Abschluss eines Studiums für Politikwissenschaften schwerwiegende Gründe parat: „Die Sozialdemokratie entstammt dem Sozialismus und die Idee dahinter ist die perfekte Gesellschaft..... Veggie-Day oder Fahrverbot, das sind die Ausläufer dieser Idee.“ Dem Reporter muss es vor Staunen sicher die Sprache verschlagen haben, sonst hätte er bestimmt nachgehakt. Sollte man von einem CDU-Politiker nach 15 Jahren im Bundestag nicht erwarten, dass er die Entstehungsgeschichte der SPD kennt - oder eher Verständnis für ihn haben? Leider steht J. Spahn mit diesem „Wissen“ nicht allein da. Bereits zum 2. Mal hat eine Jury entschieden, dass Täve Schur, unsere Radsportlegende aus dem Osten, nicht in die Hall of Fame des deutschen Sports aufgenommen wird. Ihm wird wegen seiner Aussagen zum Doping im DDR-Sport mangelnde Distanz zur DDR vorgeworfen. Aus dem Kommentar eines Lesers zur Entscheidung der Jury: „Aber man muss natürlich diese nicht bekannten Jury-Mitglieder auch "in Schutz" nehmen, es sind Unwissende, was die (zu Recht) untergegangene DDR betrifft.“

**Sylvia Anklam**

### Aus dem Inhalt:

Tag der Arbeit	S.1
Kreis-MV	S.3
Ost-Renten	S.3
Kitafinanzierung in BB	S.4
Tag der Befreiung	S.5
Termine	S.6

ne gerechte Bezahlung der Frauen und eine höhere Tarifbindung sowie einen Ausbau der Mitbestimmung für gute Arbeit. Mit deutlichen Worten forderte Marianne Wendt die Anwesenden auf, sich im Kampf um eine soziale, tolerante, demokratische und solidarische Gesellschaft in Deutschland und in Europa zu beteiligen. Immer mehr Besucher drängten sich auf dem Platz bei Fischer Zahn. Neben



Cuba Si hatten auch die DKP, der DGB, SODI, die Abiturienten vom Gauß-Gymnasium und DIE LINKE ihre Stände aufgebaut. Viele waren dem Aufruf des Stadtvorstandes gefolgt und hatten Bücher zum Verkauf mitge-

bracht. Auch wenn nicht alle ausgelegten Bücher ihren Besitzer wechselten, so war doch ein großes Interesse vorhanden. Neu war der Auftritt der „Cherry-Ladys“. Die Tanzshow der Damen sorgte für gute Laune unter den Gästen und Clown Kaily verzauberte die anwesenden Kinder. Zu unserer



Freude bekamen wir auch wieder Besuch durch eine syrische Familie, die eine große Schüssel, voll mit ihren leckeren Teigtaschen, mitbrachte. Wie schon im vergangenen Jahr hatten viele Besucher auch Interesse an Informationen zu politischen Themen. An unserem Infostand wurden viele Gespräche geführt und Infomaterial zum Wahlprogramm, zu unserem Spitzenkandidaten Ralf Kaiser sowie der aktuelle KoppHoch verteilt. Heidi Hartig, Kreisvorsitzende DER LINKEN, nahm als Gast an

unserer Maifeier teil und nutzte die Gelegenheit in einer kurzen Ansprache Kerngedanken unseres Wahlprogramms

den Gästen zu vermitteln. Hier einige Auszüge:

„Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt. Wir sind:- die Partei des Friedens - für konsequente Abrüstung - gegen Export von Waffen

und Rüstungsgütern. Wir finden: - Konflikte können friedlich gelöst werden, wenn konsequent abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – wenn internationale Solidarität herrscht - Menschen haben ein Recht auf Schutz vor Tod, Folter, Verfolgung und Diskriminierung. Unser Ziel: Fluchtursachen bekämpfen – nicht Flüchtlinge! Wir fordern: Soziale Gerechtigkeit weltweit – solidarische Zusammenarbeit stärken

Wir wollen die ungerechten weltweiten

Handels- und Wirtschaftsbeziehungen so verändern, dass soziale Entwicklungschancen für alle Menschen entste-

hen. Um dies zu erreichen, braucht es einen politischen und wirtschaftlichen Richtungswechsel. Denn die deutsche und europäische »Entwicklungshilfen« sind oftmals an erpresserische »Strukturenformen« geknüpft und untergraben eigenständige Entwicklungen. Deshalb: Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt“

Was wäre ein Maifest ohne Musik. Die Gruppen Evidence und Characters of

Sun, die bereits im vergangenen Jahr bei uns spielten, konnten mit ihrer tollen Live-Musik wieder die Gäste begeistern.

Unsere Lose wurden fast alle verkauft. Jedoch musste Fischer Zahn wegen des starken Windes seinen Verkaufswagen schließen, sonst hätte beim Essen der Fischbrötchen der Sand zwischen den Zähnen geknirscht. Wir möchten uns bei allen bedanken, die sich an der Vorbereitung, an Infoständen sowie bei der Versorgung mit Kaffee und Imbiss engagiert haben.

Ein herzliches Dankeschön gilt Familie Wenzel aus Casekow.

**Sylvia Anklam**

## Kreis-MV: Entwicklung des ländlichen Raumes und Wahlkampf

Der Kreisvorstand unserer Partei lud alle Mitglieder für den 22. April in die „UckerWelle“ nach Prenzlau ein. 31 Genossen und Gäste waren dieser Einladung gefolgt. Auf der Tagesordnung standen Beiträge zur „Entwicklung des ländlichen Raumes“, sowie, unter dem Motto „Sozial gerecht für alle“, Diskussionen zum Entwurf des Wahlprogramms unserer Partei.

Als Gäste nahmen Anke Schwarzenberg MdL und Mitglied der Enquete-Kommission sowie Ralf Kaiser unser Direktkandidat für die Bundestagswahlen, teil. Heidi Hartig, unsere Kreisvorsitzende konnte nicht an der Be-

ratung teilnehmen. Sie wurde von Anne Frieda vertreten, die gut und souverän durch die Beratung führte. Anke Schwarzenberg begann mit ihren Ausführungen, die mit einer Power Point Präsentation begleitet wurde, zum ländlichen Raum. Sie bezog sich inhaltlich auf das auf dem Landesparteitag diskutierte Konzeptpapier „Ländlicher Raum: Neue Wege übers Land“. Der ländliche



Raum wird verstärkt durch die Abwanderung der Jugend und dem Zurückbleiben der älteren Generation geprägt. Um einer weiteren Abwanderung entgegen zu treten, wurden umfangreiche Vorschläge zur Verbesserung der Daseinsvorsorge der ländlichen Bevölkerung entwickelt. Dazu gehören: Verbesserung der Mobilität, Digitalisierung, Erhaltung

der Schulstandorte, eine gute Gesundheitsversorgung, Infrastruktur und vieles mehr. Die nachfolgende, sehr intensive Diskussion machte deutlich, dass doch gerade im ländlichen Raum große Unterschiede zwischen Anspruch und Wirklichkeit bestehen. Insbesondere fehlende finanzielle Mittel für die Kommunen, Fehlentscheidungen von Behörden, bürokratische Hürden, aber auch

fehlende Akzeptanz bei den Bürgern erschweren das Leben im ländlichen Raum. Einfache Lösungen gibt es nicht und kann es nicht geben, fasste Heiko Poppe die Diskussion zusammen. Nach einer Pause nahmen Ralf Kaiser und Heiko Poppe im Präsidium Platz und eröffneten die Beratung zum Entwurf des Wahlprogramms. Für Ralf, als Mitarbeiter der Gewerkschaft, ist gute Arbeit mit gutem Lohn für Alle ein wichtiges Anliegen im Wahlkampf.

Wolfgang Ackermann, selbstständiger Handwerker, machte keinen Hehl aus seiner Enttäuschung über die fehlenden Aussagen zur Förderung von Handwerkern und Selbstständigen im vorliegenden Wahlprogramm. In der Diskussion herrschte Einigkeit darüber, dass aus dem über 70 Seiten umfassenden Wahlprogramm die wesentlichsten Kernpunkte herausgestellt und für den Wahlkampf genutzt werden müssen. Dabei können durchaus in den Regionen unterschiedliche Schwerpunkte im Mittelpunkt des Interesses stehen.

**Sylvia Anklam**

## Ostrenten müssen JETZT angeglichen werden

Das so genannte Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz der Bundesregierung ist eine Mogelpackung. Rentengerechtigkeit sieht anders aus“, sagt die seniorenpolitische Sprecherin Bettina Fortunato mit Blick auf die morgige erste Lesung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung im Bundestag (28.4.). Fortunato erklärt: Für die gleiche Lebensleistung muss auch die gleiche Rente gezahlt werden. Mit der diesjährigen Rentenanhebung beträgt der Rentenwert (Ost) 95,7 % des Rentenwerts West. Mit dem Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz will die Bundesregierung

die Ostrenten erst 2025 an das Westniveau angleichen - zu Lasten der heute Beschäftigten. Denn die bisherige Umrechnung soll abgeschafft werden, obwohl Beschäftigte im Osten nach wie vor schlechter bezahlt werden als ihre Kollegen in den alten Bundesländern. Wenn die Umrechnung nicht bis zur Lohnangleichung beibehalten wird, führt das zu drastischen Rentenkürzungen für die heute Beschäftigten. Damit werden neue Ungerechtigkeiten und neue Armutfallen geschaffen. Trotz mehrerer Reformen und der alljährlichen Rentenanpassung kann die gesetz-

liche Rente den Lebensstandard im Alter immer weniger sichern. Die Gründe sind vielfältig. Voraussetzung für eine gute Rente ist eine anständig bezahlte Arbeit. Darüber hinaus muss das ständige Absinken des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rente gestoppt werden, damit Menschen in Würde alt werden können.

**Bettina Fortunato**

*DIE LINKE. Brandenburg -  
Newsletter 17/2017*

## Wie gerecht ist die Finanzierung der KiTas in Brandenburg?

...hieß die Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums in Potsdam am Samstag, dem 29.04.2017. Ein vielversprechender Titel in Form einer Frage, die schlicht mit der Aussage „sehr ungerecht“ beantwortet werden kann. So viele Gemeinden, wie es in Brandenburg gibt, so viele verschiedene Gebührensatzungen gibt es in unserem Bundesland. Woran liegt das? Wir haben eines der besten Kitagesetze in der Bundesrepublik, es muss nur dem Gesetzestext entsprechend umgesetzt werden, meint der Gesetzgeber. Wenn man ins Detail geht, sieht man, dass bereits die Veranschlagung der Elterneinkommen in den Gemeinden unterschiedlich gehandhabt wird. Einige Gemeinden legen das Nettoeinkommen zugrunde, andere veranschlagen das Bruttogehalt abzüglich der Werbungskosten; so auch die Verwaltung in Schwedt. Dann kann das Kindergeld mit eingerechnet werden. Dafür sollte es, nach meiner Meinung, nicht verwendet werden. Gemeinden können ihre Beiträge selbstständig staffeln. Dabei gibt es lineare Wachstumssätze oder auch exponentielle, absolute Werte je Gehaltsstufe oder prozentuale Anteile am Gehalt. Wenn man das mathematisch beurteilen soll, so wäre eine prozentuale Bestimmung anhand der

Gehälter in linearer Darstellung für mich gerecht. Wer viel verdient muss auch anteilmäßig mehr bezahlen. Gut, wer in Mathematik aufgepasst hat. In jedem Fall muss die Staffelung sozial gerecht vollzogen werden. Tiefst- und Höchstsatz können berechnet werden und müssen in Abhängigkeit von der allgemeinen sozialen Mischung in der Gemeinde betrachtet werden. Dabei wird zum Beispiel der Anteil der Empfänger von Sozialleistungen einbezogen. Die Grundlagen für die Festlegung der Kosten für einen Kitaplatz sind kompliziert. Schon die begriffliche Festlegung der Kostenstellen machen es uns Normalbürgern schwer. Was sind Betriebskosten? Warum spricht man bei Berechnungen nur von Sachkosten und warum ist das alles schwer festlegbar und auslegbar? Welche Leistungen gehören zum finanzierten Kitaplatz? Fazit der Veranstaltung, an der bekannte Persönlichkeiten, wie Detlef Diskowski, der am Gesetz mitgewirkt hat und auch Jens Schröder, der in Prenzlau erfolgreich gegen die Grundsätze der Kitaessensgeldbeiträge geklagt hat, sind folgende: Elternbeiträge für die Unterbringung in Kindertagesstätten sind kein Beiträge im wörtlichen Sinne. Sie werden durch das Kita-Gesetz zwingend gesteuert und

durch das Sozialgesetzbuch geregelt. Das kommunale Abgabengesetz ist nicht zwingend anzuwenden. Frühstück und Vesper, inklusive Getränke, sind Bestandteile der Gebühren und dürfen nicht zusätzlich erhoben werden. Zu jeder Satzung gehören Anlagen, die Berechnungsgrundlagen für die Satzung bilden. Wir müssen uns als Stadtverordnete zum Sachverhalt kundig machen, um bei der nächsten Änderung der Satzung unsere Erkenntnisse einzubringen. Sozial gerecht ist für uns Linke nur die Gebührenfreiheit für die Kinderbetreuung in jedem Alter.

Nur so sind Kinder wirklich eine Freude und keine Belastung für die Familie. Die Linken in der Landesregierung arbeiten an dieser Aufgabe. Verschiedene Ansätze, wie Gebührenfreiheit im ersten oder im letzten Jahr oder für Geschwisterkinder sind in der Diskussion. Arbeitet ein bisschen schneller ihr Abgeordneten im Land und überzeugt den Koalitionspartner, damit wir uns mit solchen komplizierten Satzungen nicht mehr beschäftigen müssen.

**Bärbel Ramm**

## DIE LINKE will den Politikwechsel

Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, die beiden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, zeigten sich im Anschluss an die Fraktionsklausur in Dortmund zuversichtlich. Mit einer starken LINKEN werde es ein "Weiter-so" nicht geben. „Die Bundestagswahl wird zur Abstimmung über die Wiederherstellung des Sozialstaats und den Stopp der Aufrüstung“, sagten sie voraus. Die Politik der Großen Koalition sorge nach wie vor für soziale Ungerechtigkeit, so Wagenknecht. Dem SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz warf sie vor, die Hoffnungen, die die Menschen ihn gesetzt hätten, enttäuscht zu haben. Dietmar Bartsch fügte hinzu, dass DIE LINKE bereit ist, Regierungs-

verantwortung zu übernehmen, „das allerdings nur, wenn sich in der Politik etwas verändert“. „Wir brauchen keine

Auswechslung des Lokführers, sondern der Zug muss auf ein anderes Gleis gesetzt werden“, so Bartsch

- Managergehälter begrenzen
- Rentenniveau anheben statt Rente erst ab 67
- Mindestsicherung statt Hartz IV
- Investieren in Schulen, Gesundheitswesen und sozialen Wohnungsbau
- Leiharbeit und Befristungen stoppen

**DIE LINKE.**

SOZIAL  
GERECHT

FÜR ALLE

MAI

## Tag der Befreiung – nur ein Tag für Linke ?

Der 8. Mai, der Tag der Befreiung, ist in Brandenburg ein Gedenktag. Der Potsdamer Landtag beschloss am 30. April 2015 dazu die Änderung des Landesfeiertagesgesetzes. In Schwedt ruft DIE LINKE traditionell an diesem Tag die Bürger zur Teilnahme an einer Kranzniederlegung und stillem Gedenken am Ehrenmal auf dem Neuen Friedhof auf. 21 Mitglieder DER LINKEN, der DKP und Sympathisanten trafen sich auch am 8. Mai 2017 vor dem Friedhof.



Vertreter unserer Stadt, wie in Angermünde, Prenzlau oder Templin fehlten leider beim Gedenken. Nachdem an der Gedenkstätte der antifaschistischen Widerstandskämpfer und am Ehrenmal der sowjetischen Soldaten Gebinde und Blumen niedergelegt wurden, holte Helmut Weise ein kleines Buch aus der Ta-

sche. Er hatte passend zu diesem Tag eine Textstelle von Wolfgang Borchert aus „Dann gibt es nur eins! – Sag Nein“ von 1947 herausgesucht. (Christa Dannehl las die aus urheberrechtlichen

Gründen nicht zu veröffentlichen Textstelle vor.) Aus dem Text ging hervor, dass wenn wir heute nicht NEIN sagen - ob Forscher, Dichter, Ärzte, Pfarrer, Piloten, Schneider, Richter, Männer und Mütter in den Dörfern und Städten in allen Ländern dieser Erde - dann wird es ein grausames Ende geben. Unsere Erde

wird nicht mehr Heimat für alle Menschen sein. Ob es Menschen und Erde dann noch geben wird, ist ungewiss. Alle Anwesenden waren gerührt, fanden den Text sehr passend. In der heutigen Zeit, in der es viele Krisenherde auf der ganzen Welt gibt, ist das Beschäftigen mit der deutschen Geschichte, das Erinnern an Gedenkstätten derer, die das Ende der Nazi-Diktatur mit ihrem Leben bezahlten, besonders wichtig. Ange-

sichts nationalistischer Tendenzen und des neuerlichen Feindbildes Rußland, ist Erinnerung für die Zukunft geradezu lebensnotwendig.

**Christa Dannehl und Doris Meyner**

## Europa gegen Faschismus und Nationalismus verteidigen

Der 8. Mai 1945 war für Millionen Menschen ein Tag der Hoffnung und Zuversicht

Der 8. Mai ist der Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Er markiert das Ende des Zweiten Weltkrieges, des Vernichtungskrieges im Osten, der Shoa und der Verfolgung und Ermordung von Roma und Sinti, von Menschen mit Behinderung, der kommunistischen und sozialdemokratischen Opposition und vieler anderer Menschen. Der Sieg der Alliierten über die Nazis und die Erinnerung an den antifaschistischen Widerstandskampf ist nicht nur Mahnung an Vergangenes, sondern tägliche Aufgabe. "Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus!" - so lautet der Schwur von Buchenwald. Dieser Schwur ist aktueller denn je. Nationalismus und Rechtspopulismus sind in vielen Ländern auf dem

Vormarsch und mit ihnen die Ausgrenzung von Minderheiten, völkisches Denken und eine Brutalisierung der Gesellschaft. Die Aufrüstung der Bundeswehr unter der Großen Koalition folgt der Logik der Eskalation. Vor dem Hintergrund der aktuellen Skandale in der Bundeswehr, wo offenbar verbreitet der Wehrmacht gehuldigt wird, die einst die Sowjetunion überfiel und Hitlers Werkzeug für den verheerendsten Krieg der Weltgeschichte war, muss die Bundesregierung und insbesondere die Verteidigungsministerin am 8. Mai ein klares Signal geben, dass Wehrmachtsgedenken und Rechtsextremismus in der Bundeswehr umgehend strafrechtliche Konsequenzen haben. Dazu gehört auch,

dass alle Kasernen, die noch nach Wehrmachtsgenerälen benannt sind, diese Schandnamen ablegen. DIE LINKE fordert, den 8. Mai zum bundesweiten gesetzlichen Gedenk- und Feiertag zu machen. In Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen ist der 8. Mai bereits offizieller Gedenktag. Zudem wird der Tag in zahlreichen europäischen Ländern als Tag des Sieges über den Nationalsozialismus begangen. Den Tag als bundesweiten Gedenk- und Feiertag einzuführen, hat zum Ziel das Gedenken an die Opfer des Faschismus wachzuhalten.

**Katja Kipping, Bernd Riexinger**

## Termine

Stadtvorstand	24.05.2017
Fraktionssitzung	29.05.2017
Kreisvorstand	07.06.2017 Prenzlau
Stadtvorstand	08.06.2017
Fraktionssitzung	19.06.2017

Wir möchten darauf hinweisen, dass wir in Vorbereitung der Bundestagswahlen wieder Infostände durchführen. Für den 1. Infostand treffen wir uns am 23. Juni um 09.30 auf dem Platz der Befreiung.

## Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

26.05.17	Willi Zerbe	zum 69. Geburtstag
26.05.17	Bärbel Ramm	zum 61. Geburtstag
17.06.17	Thomas Tenner	zum 74. Geburtstag



Rainer Sturm/ pixelio.de

## Hilfe dringend benötigt

Für die Flüchtlinge, die in unserer Stadt leben und sich hier integrieren möchten ist das oft mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Sprachprobleme, Anträge, Behörden und manchmal auch nur die Bewältigung des täglichen Alltags. Eine Patenschaft kann helfen. Wer sich als Pate für ein Flüchtlingskind oder eine Familie betätigen möchte kann sich in unserer Geschäftsstelle oder persönlich bei Christa Dannehl melden.

## Zum guten Schluss...

### Die digitale Glaskugel

„ Stellen wir uns vor, es geschieht ein Einbruch und die Polizei ist schon da, weil sie bereits vor dem Einbruch weiß, wo die nächste Straftat verübt wird. Und was wäre, wenn es einen Vorhersagemarkt für Regierungen gäbe, die immer schon wissen, was passieren wird- und das Geschehen deshalb verhindern oder befördern können ?

Schnapsidee oder ein großes Projekt oder beides ?... Welche Überraschung, wenn die Wirklichkeit der Prognose entwischt ! ...“

**Dr. P. Fassbinder; OXI Mai 2017**

**KoppHoch erscheint monatlich. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt.**

**Redaktionsschluss der Ausgabe 06/2017: 10.06.17, Abholtermin: 19.06.17**

### Impressum

#### Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Schwedt

#### V.i.S.d.P.:

Sylvia Anklam

#### Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam, D.Meyner

#### Gestaltung:

A. Grote

#### Druck:

Druckerei Wippold

#### Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Schwedt

### Sprechzeiten

#### Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208  
Mo-Do 10-12 Uhr

#### Leiter der Geschäftsstelle

Di, 10-12 Uhr

#### Finanzen

Mo, 29.05.17, 10-12 Uhr

Mo, 12.06.17, 10-12 Uhr

### Kontakt und Adressen

#### DIE LINKE Stadtverband

#### Schwedt/Oder

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail: [schwedt@dielinke-uckermark.de](mailto:schwedt@dielinke-uckermark.de)

Tel./Fax: (03332) 31928

Webseite: <http://www.dielinke-uckermark.de>

#### DIE LINKE Schwedt/Oder

#### Fraktion SSV

Tel. 839334

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

KoppHoch ausgelesen? Bitte weitergeben an jemanden, der ihn vielleicht auch gerne lesen würde oder sollte!